



Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse ist immer aktive regionale Strukturpolitik, die in die Zukunft führt

**Ansprache zur Eröffnung der Iserlohner Winteruniversität „Brücken in die
Zukunft“ 2020 am 27. Januar 2020 in Iserlohn**

Sehr geehrter Herr stellv. Bürgermeister Thorsten Schick,

sehr geehrter Herr Prof. Dr. Daniel Kaltofen,

liebe Vertreter*innen der Veranstaltergemeinschaft von VHS Iserlohn,
Campus Symposium und Ev. Akademie Villigst: Frau Gralher, Herr Danne, Herr
Greczka und Herr Neumann,

sehr geehrte Damen und Herren!

I. Brücken in die Zukunft

Die Überschrift der Iserlohner Winteruniversität lautet: **„Brücken in die Zukunft“**.
Treffender kann man und jede Frau die ständige Herausforderung von Politik,
Wirtschaft und Wissenschaft nicht beschreiben: **„Brücken in die Zukunft“ bauen.**

„Brücken in die Zukunft“ sind – und das ist das Thema heute – öffentliche
Infrastrukturen technischer und kultureller Art, die in die Zukunft führen. Die
entscheidende Frage lautet also: Welche Brücken brauchen wir für welche Zukunft
oder besser für welche Zukünfte? Und dann weiter: Reicht die Erneuerung der
bestehenden Brücken? Brauchen wir ganz neue Brücken und welche?

CHOLUTECA RIVER BRIDGE nach Hurrikane Mitch Honduras, 1998



Die Choluteca-Brücke in Honduras ist eine Metapher für die Dynamik von Veränderungen. Sie hielt 1998 zwar einem Hurrikan stand, der aber den Fluss auf einen völlig neuen Weg zwang.

Diese Fragen können wir erst beantworten, wenn wir die Zukunft betrachten. Die Brücken sollen ja die Region und damit uns alle in die Zukunft führen. Aber was ist Zukunft?

Zukunft ist **nicht** die Fortschreibung der Gegenwart. Schon weil es „die“ Zukunft nicht gibt. Zukunft ist auch **nicht** konkret voraussagbar.

Die Zukunftsforschung schaut deshalb auf die langfristigen Veränderungen: auf die „Megatrends“.

Megatrends muss man nicht voraussagen, sie sind schon da.

Es sind die Veränderungen, die uns schon lange prägen **und** die uns noch lange prägen werden.

Megatrends sind nicht eindimensional, sondern vielfältig und vernetzt. Sie entfalten ihre Dynamik in allen Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und über diese hinweg.

Megatrends beeinflussen sich gegenseitig und verstärken sich so. Oft rufen sie Gegentrends hervor und sorgen für Wechselwirkungen. Individualisierung und Einsamkeit sind ein Beispiel. Einsamkeit insbesondere im Alter, aber auch generationenübergreifend. Als erstes Land weltweit hat Großbritannien 2018 ein Ministerium gegen Einsamkeit eingerichtet. Es koordiniert die Vorhaben, Menschen aus Isolation und Anonymität zu holen. Im Mittelpunkt stehen „Menschen, die niemanden haben, mit dem sie reden oder ihre Gedanken und Erfahrungen teilen können“ (Theresa May).

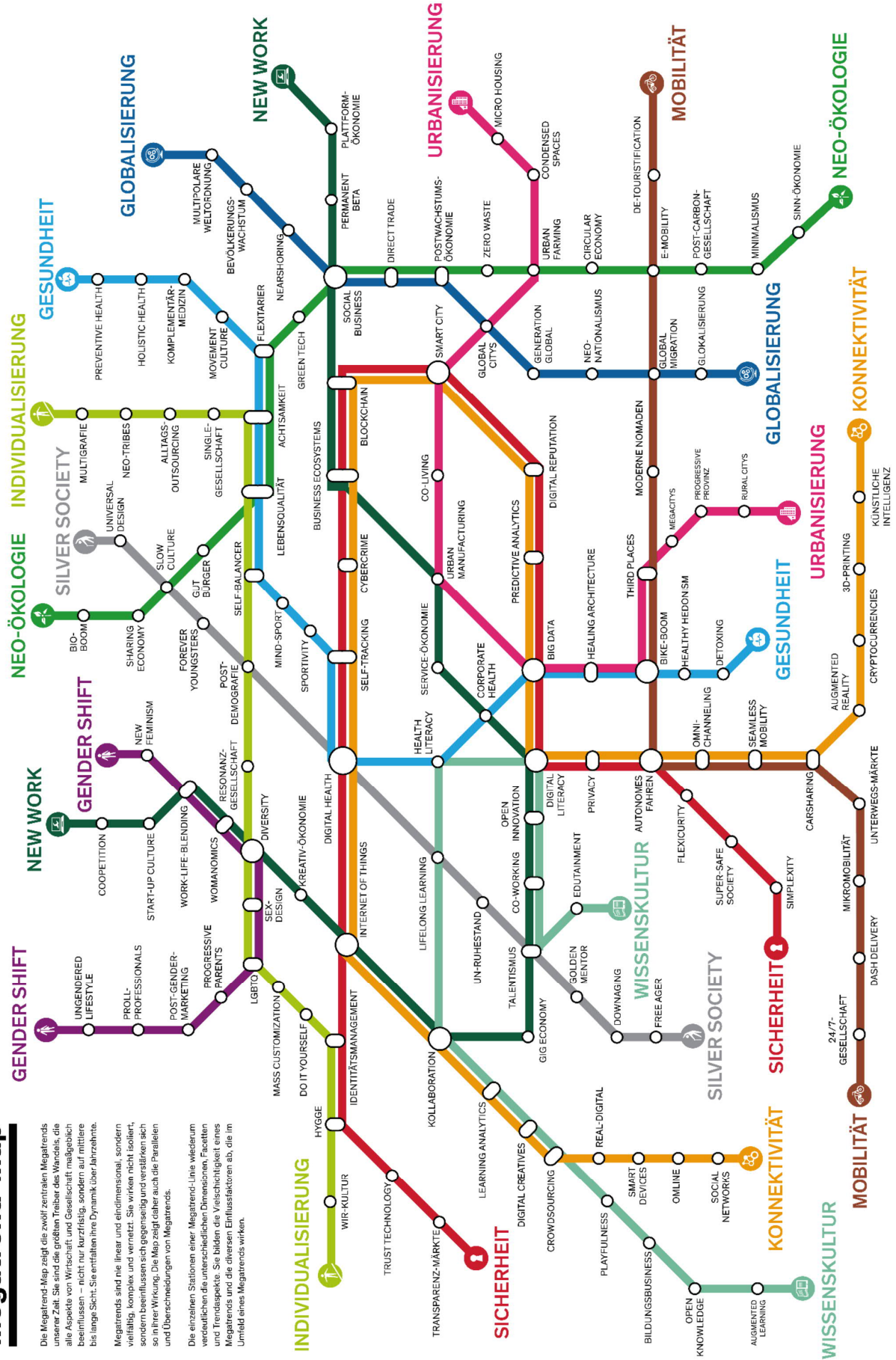
Das „Zukunftsinstitut“, ein Expert*innennetzwerk aus Zukunfts- und Trendforscher*innen mit Sitz in Frankfurt und Wien, hat die Megatrends in einer Karte dargestellt. Mit dieser Karte werden Zusammenhänge und Komplexität der Megatrends begreifbar. Die Zusammenhänge und die hohe Komplexität zeigen, dass eine Kommune und eine Region nicht mehr allein Infrastrukturen für die Zukunft schaffen können. Wir brauchen dazu alle Ebenen und regionales Gemeinschaftswerk.

Megatrend-Map

Die Megatrend-Map zeigt die zwölf zentralen Megatrends unserer Zeit. Sie sind die größten Treiber des Wandels, die alle Aspekte von Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich beeinflussen – nicht nur kurzfristig, sondern auf mittlere bis lange Sicht. Sie entfalten ihre Dynamik über Jahrzehnte.

Megatrends sind nie linear und eindimensional, sondern vielfältig, komplex und vernetzt. Sie wirken nicht isoliert, sondern beeinflussen sich gegenseitig und verstärken sich so in ihrer Wirkung. Die Map zeigt daher auch die Parallelen und Überschneidungen von Megatrends.

Die einzelnen Stationen einer Megatrend-Linie wiederum verdeutlichen die unterschiedlichen Dimensionen, Facetten und Trendsaspekte. Sie bilden die Vielschichtigkeit eines Megatrends und die diversen Einflussfaktoren ab, die im Umfeld eines Megatrends wirken.



Karte Megatrends

Die Karte des Zukunftsinstituts zeigt 12 Megatrends:

- Konnektivität (Konnektivität bezeichnet die Fähigkeit, digitale Verbindungen herzustellen. Es ist der wirkungsmächtigste Großtrend, das neue Strukturprinzip der Organisation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.)
- Globalisierung
- Gender-Shift (Das Geschlecht verliert das Schicksalhafte.)
- Individualisierung
- Silver Society (Die Bevölkerung wird älter und die Zahl der Älteren und Ältesten steigt. Ein völlig neuer Lebensabschnitt entsteht.)
- Urbanisierung
- Mobilität
- New Work (New Work meint neue flexible Arbeitsstrukturen, Netzwerke, die anstelle von Hierarchien treten und in denen Maschinen Partnerinnen sind.)
- Wissenskultur
- Gesundheit
- Neo-Ökologie (Neue Werte, neue Märkte, neue Umwelten und neues Wirtschaften und Konsumieren.)
- und Sicherheit (Wunsch nach Kontrolle und Freiheit zugleich. Neue Sicherheitskultur.)

Südwestfalen ist zukünftig

**digitaler, globaler, mobiler, älter,
gesünder, smarter, individueller**

und zugleich

**realer, lokaler, ökologischer, jünger,
menschlicher und gemeinschaftlicher.**

Das steht heute schon fest.

Südwestfalen ist zukünftig...

Betrachten wir diese Megatrends in Bezug auf unsere Region Südwestfalen, dann gilt schon heute:

Die Zukunft unserer Region ist digitaler, globaler, mobiler, älter, gesünder, smarter, individueller

und gleichzeitig

realer, lokaler, ökologischer, jünger, menschlicher und gemeinschaftlicher.

Die darin zum Austausch kommenden Megatrends prägen uns nämlich schon lange und sie werden uns weiter prägen.

Die Widersprüchlichkeit der Zukünfte werden wir nicht auflösen können. Wir müssen mit Widersprüchen leben und lernen damit umzugehen. Das „UND“ hilft uns dabei: digital und real, global und lokal, älter und jünger, individueller und gemeinschaftlicher.

Welche neuen öffentlichen Infrastrukturen brauchen wir nun, die uns in diese durch „und“ verbundenen Zukünfte hineinführen? Welche Strukturen müssen wir lediglich anpassen bzw. erneuern.

Und was bedeutet das insbesondere für unsere Region, den **ländlichen und industriellen Raum des Sauer- und Siegerlandes, Südwestfalens?**

Eines schon an dieser Stelle: Die öffentlichen Infrastrukturen müssen **gleichwertige Lebensverhältnisse** mit den Ballungsräumen oder Metropolen ermöglichen.

Damit sind wir beim heutigen Thema: Eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse von ländlichen und Ballungsräumen muss immer eine aktive regionale Strukturpolitik sein.

Es geht um eine regionale Politik, die alle Ebenen, auch Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Zivilgesellschaft – also uns alle als Bürger*innen einbezieht. Nur gemeinsam aktiv und aktivierend werden wir neue und gute Brücken in die regionalen Zukünfte Südwestfalens schaffen sowie alte Brücken gezielt erneuern oder anpassen können.

A k t i v heißt auch:

A n f a n g e n.

Und auf wesentliche strukturelle Herausforderungen konzentrieren.

II. Lust auf Zukunft

Dazu müssen wir mehr **nach vorne schauen**. Wir brauchen **Zukunftslust**. Wir dürfen **nicht länger an der vordigitalen Zeit kleben**, weil so jedenfalls Zukunft nicht positiv gestaltet werden kann.

Wir alle müssen mit den grundlegenden Veränderungen und Metamorphosen der großen und der kleinen Welten mitgehen und sie gestalten. Ja, wir müssen vorangehen, um diese Veränderungen gestalten zu können. Überall – in ländlichen Räumen und Ballungszentren.

Wir dürfen also keine Region in Enge und Vergangenheit sein.

Südwestfalen darf keine Region in Enge und Vergangenheit sein.

Und wir müssen richtig Tempo machen.

Es darf nicht heißen: Alles ändert sich, nur eins bleibt gleich: unsere Region.

Deshalb ist es richtig und gut, dass Landes- und Bundesregierung das Thema „Ländlicher Raum“ unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf die politische Agenda gesetzt haben.

Unser Ministerpräsident Armin Laschet nennt das: „Land und Stadt müssen zusammenbleiben“.

Wie also ist es um unsere Region mit Blick auf die Zukunft und die großen Zentren bestellt?

III. Als Industrieregion ist Südwestfalen von außen und von innen unter Druck geraten

Unsere Region – Südwestfalen – hat wie nur wenig andere Regionen vom deutschen Erfolgsmodell der dezentral organisierten Industriegesellschaft mit ihren „Hidden Champions“ profitiert. Unser ländlicher naturgeprägter Raum ist gegenwärtig die drittstärkste deutsche Industrieregion mit den entsprechenden Wohlfahrts- und Wohlstandsgewinnen. Doch dieses Modell der dezentral organisierten Industriegesellschaft ist unter massiven Druck geraten von außen und von innen. (vgl. dazu und zum Folgenden Prof. Dr. Jens Südekum, Eingangsstatement zur StS Runde „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, Berlin, 23.09.2019).

1. Verschärfter internationaler Wettbewerb um Technologieführerschaft

Zum einen **von außen unter Druck geraten** durch einen sich verschärfenden internationalen Wettbewerb um Technologieführerschaft. Denken wir z.B. an den Technologievorsprung von TESLA in der Autoelektronik. Unterschätzen wir das alles nicht. Eine digitale Welt hat eine digitale Wirtschaft und eine Digitalwirtschaft und – ich füge hinzu – muss eine digitale öffentliche Verwaltung haben.

Bei der **Digitalisierung** dürften wir in Deutschland 15 Jahre gegenüber den globalen und auch europäischen Spitzenreitern zurückliegen. Und Beobachter*innen der weltweiten Digitalisierung sagen, in fünf Jahren wird Deutschland 30 Jahre im Rückstand sein.

Studien wie die der Otto Beisheim School of Management, aber auch Beobachtungen unserer Region zeigen, der Mittelstand in Deutschland hat bei der Digitalisierung international den Anschluss verloren. Entsprechendes gilt vielleicht noch mehr für die deutsche öffentliche Verwaltung.

Schauen wir an dieser Stelle nur auf die Infrastrukturen der digitalen Welt, auf die digitalen Kommunikationsinfrastrukturen in Südwestfalen. Die Anschlussquote mit Glasfaseranschlüssen (Gigabit-Anschlüssen ab 1000 Mbit/s) lag Ende 2019 in Südwestfalen bei lediglich 2 Prozent, im Märkischen Kreis bei knapp über 0 Prozent (Quelle: Kompetenzzentrum Gigabit NRW), in Nordrhein-Westfalen und im Bund bei deutlich mehr, aber doch nur mickrigen 9 Prozent.

In Südkorea liegt die Quote bei 80 Prozent, in Japan bei 78 Prozent, in Schweden bei 67 Prozent.

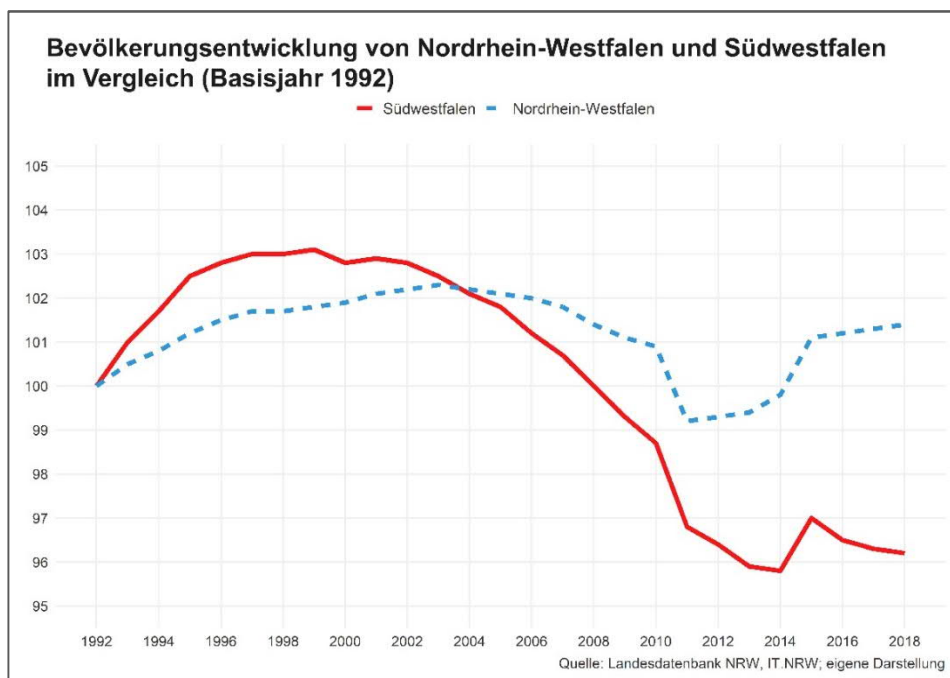
Und wie steht es um die Anschlüsse unserer Schule, die für alle Menschen die erste bedeutende öffentliche Brücke in die Zukunft darstellen? In Südwestfalen verfügen 2019 nur 53 von 603 Schulen, d.h. nur 9 Prozent über einen Glasfaseranschluss. In ganz NRW sind es immerhin schon 22 Prozent. Im Märkischen Kreis sind es 23 Prozent (Quelle: Gigabit. NRW).

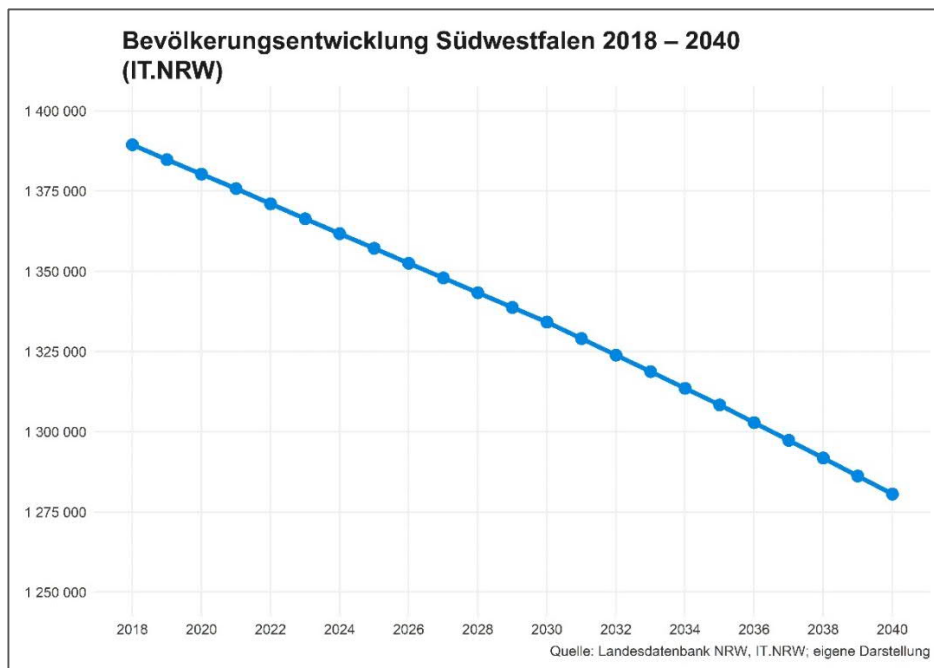
2. Technikgetriebener Urbanisierungstrend in Großstädte/Großstadträume

Und zum anderen ist das Erfolgsmodell dezentral organisierter Industriegesellschaft **von innen unter Druck geraten** durch einen **technologiegetriebenen Urbanisierungstrend**, einen deutlichen **Bevölkerungstrend in die Ballungsräume** mit ihren starken Universitäten und Hochschulen und dem damit verbundenen bunten Leben.

Dieser Trend verschärft den aufgrund des stetigen Geburtenrückgangs schon bestehenden Bevölkerungsrückgang und den Fachkräftemangel im ländlichen Raum noch weiter.

Südwestfalen ist bereits heute vom Bevölkerungsrückgang stärker betroffen als alle andere Regionen in NRW und damit Nordrhein-Westfalen insgesamt.





In Zukunft wird sich laut Prognose von IT.NRW dieser Trend zum **Bevölkerungsrückgang in Südwestfalen fortsetzen**. Die Schere zwischen Südwestfalen und Nordrhein-Westfalen öffnet sich weiter.

So wird Südwestfalen von 2018 bis 2040 rund 107.000, d.h. 7,7 Prozent weniger Einwohner*innen haben. Der Märkische Kreis wird am stärksten betroffen sein und 12,3 Prozent, d.h. gut 50.000 Einwohner*innen verlieren.

Einzig einwohner*innenmäßig wachsende Stadt in unserem Regierungsbezirk ist bis 2040 nach dieser Prognose die Stadt Dortmund mit der Technischen Universität, Hochschulen, Wissensorganisationen, ihrer Start-Up-Szene und moderner Hightech-Produktionen sein. Ich persönlich rechne auch mit Bochum und Herne.

Besonders stark ist in Südwestfalen der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung. Die Anzahl der über 19- und unter 65-Jährigen wird von rd. 826.000 (2018) auf rd. 659.000 – also um rund 167.000 (!) – im Jahr 2040 zurückgehen. Das ist ein Minus von 20,4 Prozent.

Gleichzeitig **steigt die Zahl der über 65-Jährigen in Südwestfalen** um 94.074 beziehungsweise **31,5 Prozent**, im Märkischen Kreis um 21.789 = 24 Prozent.

Natürlich handelt es sich um eine Prognose. Wir wollen durch eine aktive öffentliche Strukturpolitik mit Blick auf die Zukunft dagegen arbeiten – und sollten es auf allen Ebenen der Region tun.

Können wir dies mit Aussicht auf Erfolg tun?

IV. Zwei Szenarien

Die entscheidende Frage dazu lautet: Wie geht es weiter mit der deutschen dezentralen Wirtschaftsstruktur und damit auch mit unserer südwestfälischen Industrieregion? Schauen wir uns zwei Szenarien an.

1. Pessimistisches Szenario

Nach einem **pessimistischen Szenario** könnte es in Deutschland zu ähnlichen großen Ungleichgewichten in der räumlichen Wirtschaftsstruktur kommen, wie sie auch in anderen Ländern (etwa den USA oder Großbritannien) zu beobachten sind.

Moderne Wertschöpfung könnte sich zukünftig auf nur noch wenige urbane, wissenschaftsstarke Räume konzentrieren.

Ein solches Szenario würde die deutsche Gesellschaft und damit auch unseren ländlichen Raum von Sauer- und Siegerland vor riesige Herausforderungen stellen. Südwestfalen würde Randregion werden mit immer weniger jungen Leuten und immer mehr Älteren und Ältesten.

2. Optimistisches Szenario

Es existieren aber auch Gegenkräfte und **optimistische Szenarien**. Das Modell der dezentral organisierten Industrie mit ihren „Hidden Champions“ steht keineswegs zwangsläufig vor dem Aus.

Neue Technologien eröffnen immer **neue industrielle Potentiale und Beschäftigungsmöglichkeiten** im Bestand und darüber hinaus.

Drei Beispiele dazu:

a. Reshoring

Erstes Beispiel ist die durch neue digitale Technik gegebene Möglichkeit des **Reshoring**, der Rückholung vormals ins Ausland (z.B. nach Asien) verlagerter Industrieproduktionen.

Aus Sicht der deutschen Regionalpolitik ist die Zurückholung solcher Produktionen zu begrüßen.

Sie würde zu neuen industriellen Beschäftigungspotentialen insbesondere im ländlichen Raum und damit auch bei uns führen.

b. Entflechtung von Wohn- und Arbeitsorten

Ein zweites Beispiel stellt die stärkere Entflechtung von Wohn- und Arbeitsorten dar, die die Digitalisierung möglich macht in dem sie **Kommunikations- und Pendelkosten erheblich reduziert**.

Schon heute zieht es erste hochqualifizierte Arbeitskräfte und junge Familien wieder aus den Großstädten heraus aufs Land, um die hohen Wohnkosten und die bekannten urbanen Stressfaktoren (Staus, Lärm, Umweltbelastung usw.) zu meiden. Auf dem Land finden sie Platz, Natur, Ruhe und die Freiräume, die Menschen für sich suchen.

Sie müssen auf dem Land aber auch urbane Qualitäten erleben: Beste digitale Kommunikationsmöglichkeiten, die Wohnortentscheidung mit einem qualitativ hochwertigen urbanen Arbeitsplatz verknüpfen. Homeoffice, Co-Working-Center, Co-Living-Angebote. Oder digitale Dörfer. Schnelle Verkehrsanbindungen. Erneuerbare Energien.

Deshalb müssen sich die ländlichen Räume öffnen, digitales Arbeiten und neue Wohnformen ermöglichen oder besser offensiv anbieten. Die aktuelle Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann“ (2019) hat die ersten guten Beispiele.

c. Klimaneutraler Umbau von Städten, Wirtschaft und Mobilität

Auch das Thema der **Bewältigung der Klimakrise** bietet neue große Chancen. Wir wollen die globale Erwärmung begrenzen. Das bedeutet „Transformationen von gigantischem historischen Ausmaß“ – so unsere Kanzlerin am vergangenen Donnerstag auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.

Der klimaneutrale Umbau von Städten, Wirtschaft, Mobilität ist global ein Billionengeschäft und eine Jahrhundertchance für den industriellen Mittelstand in seiner dezentralen Struktur.

Ja. Es geht auch um nachhaltige Industrie. Wir haben das Internet verpasst. Was wir noch nicht verpasst haben, ist die nachhaltige Industrie, die nachhaltige Produkte nachhaltig herstellt.

Wir müssen die politische Diskussion des Klimawandels mit dieser Mega-Chance für unsere Wirtschaft verknüpfen. Viele der Unternehmen in unserer Region sind schon heute wirtschaftlich erfolgreich, weil sie bereits wichtige Beiträge zur Lösung der Klimakrise leisten: zum Beispiel unsere Automotive-Betriebe mit dem konstruktiven und wirtschaftlichen Leichtbau oder unsere regionale Lichtindustrie mit dem neuen Licht der LEDs und digitalem Lichtmanagement oder Hoppecke Batterien, der größte Hersteller von Industriebatteriesystemen in europäischer Hand ist.

Oder Infineon Warstein, die weltweite Wiege der Halbleiterei. Infineon produziert Halbleiter für die Elektro-Fahrzeuge und die großen Stromleitungen der ganzen Welt.

Nachhaltigkeit zählt seit langem zur DNA von Grohe in Hemer und bezieht neben der gesamten Wertschöpfungskette, Kund*innen, Lieferant*innen, Mitarbeiter*innen ein. Grohe nimmt regelmäßig beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis teil und liegt immer in der Spitzengruppe. 2020 ist das erste Jahr, in dem Grohe CO₂-neutral produziert.

Ein weiteres Beispiel ist: Busch-Jaeger, ABB-Unternehmen in Lüdenscheid, mit dem Vorhaben „Mission to Zero“, einer energieautarken und CO₂-neutralen Industrieproduktion.

Wenn wir schon beim Internet zurückliegen, dürfen wir jetzt nicht noch die nachhaltige Industrie verpassen.

Und **welche Chancen durch Klimaschutz und Klimaanpassung für das Handwerk! Rund 80 Prozent der Privathaushalte sind bereit, etwas an ihrer Energieversorgung zu ändern.** Mehr als 60 Prozent möchten mehr Erneuerbare Energien nutzen oder die Energie sogar selbst erzeugen. So das KfW-Energiewendebarmeter 2019, das zudem deutlich gemacht hat: Die Energiewende in den Privathaushalten findet vor allem auf dem Land statt, weil auf dem Land mehr Wohneigentum besteht.

Man möchte der Berliner Politik zurufen: Mehr Mut! Mehr Konsequenz! Mehr Tempo!

V. Flächendeckendes exzellentes öffentliches Infrastrukturangebot

Es ist deutlich geworden: Eine neue aktive Regionalpolitik muss eine **Mehrebenenpolitik** sein oder besser werden. Alle Ebenen: EU, Bund, Land und Kommunen sind gefordert, in die Zukunft führend Strukturen für gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und damit einem Auftrag unseres Grundgesetzes zu entsprechen.

Was ist zu tun? Der Düsseldorfer Regionalökonom Prof. Dr. Jens Südekum gibt uns wichtige Hinweise.

Eine neue Regionalpolitik für den ländlichen Raum erfordert als **A und O ein flächendeckendes exzellentes öffentliches Infrastrukturangebot – vor allem**

- **im Digital-,**
- **im Wissens- und**
- **im Verkehrsbereich.**

Digitale Höchstleistungsnetze, herausragende Wissensnetze zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie schnelle und klimafreundliche Verkehrsnetze sind die „Brücken in die Zukunft“ unserer Region.

Ansonsten gibt es kein Reshoring.

Ansonsten gibt es keine Entflechtung von Wohn- und Arbeitsorten.

Ansonsten gibt es keine modernisierten oder neuen industriellen Anwendungen wie das autonome Fahren, die Energiewende mit CO₂-neutralen Techniken und Produkten.

Ansonsten gibt es keine neueren Entwicklungen z.B. in der Telemedizin für die Fläche und schon gar keine nachhaltige Industrie.

Ansonsten kommen auch die jungen Leute nicht zurück in die Region.

Mit einer exzellenten öffentlichen Infrastruktur gibt es natürlich keine absolute Gewähr für das Wohlstandsmodell ländlicher industrieller Raum. Doch die Chancen sind dann weitaus besser.

Die Bereitstellung von Digital-, Wissens- und klimafreundlicher Verkehrsinfrastrukturen gerade in ländlichen Räumen ist eine der wichtigen Aufgabenstellungen für Europa, Bund, Land und die Kommunen. Und wir in den Regionen müssen sie einfordern und selbst aktive Beiträge dafür leisten.

Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen im ländlichen Raum sind gemeinsam gefragt. Partnerschaften setzen Kräfte frei. Konkret. Mit positiver Wirkung vor Ort.

Übrigens dies gilt auch für die neuen Strukturen einer CO₂-neutralen Region. Bürger*innenwindparks, von denen alle im Ort konkret profitieren, ist ein Beispiel.

Die NRW-Regionale: „Südwestfalen 2025“ ist eine gute Plattform. Wir als Bezirksregierung fördern im Auftrag der Landesregierung entsprechende Kooperationen und darüber hinaus weitergehende Infrastrukturvorhaben, bringen Kommunen mit Startups zusammen, fördern den Glasfaserausbau und digitale Schulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Kommen wir zu den drei genannten wichtigsten Infrastrukturnetzen, die in die Zukunft der Region führen und gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglichen.

VI. Digitale Kommunikationsinfrastrukturen – Gleichwertige digitale Lebensverhältnisse

Als erstes: Südwestfalen wird digitaler und realer. Oder: Südwestfalen wird jeden Tag besser. Das heißt an erster Stelle: **Digitale Infrastrukturen schaffen: Gigabit-**

Netze und öffentliche Verwaltungen. Es geht um gleichwertige digitale Lebensverhältnisse.

1. Überall Anschlüsse an die digitale Welt des 21. Jahrhunderts.

Ohne eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur wird auch der neue Mobilfunkstandard 5G über ein bloßes Vorhaben hinaus kaum Wirklichkeit werden.

Uns muss es gelingen, jeden Ort im Sauer-/ Siegerland mit hochbitratiger Telekommunikationsinfrastruktur an die digitale Welt des 21. Jahrhunderts anzubinden, so wie es den Kommunen gelungen ist Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Elektrifizierung vor und seit über 100 Jahren aufzubauen.

Eine Gleichwertigkeit der digitalen Lebensverhältnisse ist schließlich auch ein aktiver Beitrag für den Klimaschutz, weil erst so eine dezentrale agile Arbeitswelt möglich wird: Arbeitsplätze zu Hause, Arbeitsplätze in ländlichen Räumen, urbanes Leben auf dem Land. Autos in der Garage lassen. Lange Fahrten ersparen.

Übrigens: Deutschland ist das Land in der Europäischen Union, das die zweitschlechteste Abdeckung mit dem Mobilfunkstandard LTE hat. Das muss sich ebenfalls ändern. Auch die weißen Flächen in Südwestfalen müssen weg!!

Wir sind jetzt mit dem Gigabit-Programm der neuen Landesregierung auf einem guten Weg. Es ergänzt die Bundesförderung und stärkt gerade den ländlichen Raum. Wir stehen vor riesigen Aufgaben. Bereits jetzt sind rund 420 Mio. Euro Fördermittel - davon rund 120 Mio. Euro des Landes für rund 100.000 sog. „unwirtschaftlich“ zu erstellende Breitbandanschlüsse von Privathaushalten, Gewerbegebieten und Schulen in Südwestfalen investiert worden. Die hohen Investitionssummen des eigenwirtschaftlichen Ausbaus durch die Privaten kommen hinzu. Es wird digitale Infrastruktur gebaut, gebaut und gebaut. Die digitale Aufholjagd bei den Netzen ist bei uns in vollem Gang.

Beim Mobilfunk muss allerdings noch mehr passieren. Das Regelwerk sollte geändert werden: Der Funkmast des einen Anbieter sollte auch von dem anderen Anbieter genutzt werden dürfen. Das Bauordnungsrecht sollte modernisiert werden, was die Telekommunikationsmasten angeht. Oder wir brauchen auch hier staatliche

Beihilfen. Doch wer legt für einen Wettbewerber im Schienenverkehr eine zweite Gleisstrecke neben der anderen?

Ich möchte hier anmerken: Die geringe Bereitschaft des größten deutschen Telekommunikationsunternehmens, der Deutschen Telekom AG, sich an Ausschreibungen im ländlichen Raum zu beteiligen und vor allem adäquat in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren, muss sich ändern. Der Bund sollte als größter Einzelaktionär alles dafür unternehmen.

Dass der nur 2,5-mal so umsatzstarke Konzern Amazon jedoch 420-mal mehr Geld in Forschung und Entwicklung investiert als die Deutsche Telekom, droht den Digitalstandort Deutschland weiter abzuhängen. Gerade hier könnten Innovationen für die digitale Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entwickelt werden. Die Mitbewerber der Deutschen Telekom betrifft dies anteilig ganz genauso.

Auch im DAX gibt es immer wieder absurde Totalausfälle wie E.ON, das für 2018 bei einem Umsatz von über 30 Milliarden Euro absolut unverschämte zwei Millionen Euro für Forschung und Entwicklung ausgewiesen hat – während in dieser Branche anderswo wahre Innovationsexplosionen stattfinden (Zum Vorstehenden: Sascha Lobo, Deutschlands digitale Rezession, in: Spiegel-online, 14.08.2019).

Zusammenfassend: Die Digitalisierung ist eine Riesenchance, weil es heute und zukünftig immer weniger wichtig ist, wo man sich befindet.

2. Neue öffentliche digitale Infrastrukturen für die Demokratie: Auf allen Ebenen digitale öffentliche Verwaltungen!

Es darf auch und schon gar nicht heißen: Alles ändert sich, nur eins bleibt gleich: unsere Art zu regieren und zu verwalten. Die öffentlichen Verwaltungen müssen sich auf allen Ebenen stärker öffnen für Wirtschaft und Wissenschaft und schneller werden, das Leben von Bürger*innen, Betrieben, Ehrenamt und auch ihr eigenes Leben einfacher machen und gezielt dazu beitragen, dass Menschen und neue Technik ihre enormen Potentiale entfalten. Gerade in und für die ländlichen Räume und darüber hinaus.

Die öffentliche Verwaltung muss sich selbst als Unterstützungsstruktur, als Brücke und Brückenbauer für die Zukunft verstehen und handeln.

Ende der 1990er Jahre formte sich in den skandinavischen Staaten, den Niederlanden, Großbritannien und in Teilen Osteuropas und den USA eine Reformbewegung. Ihr Ziel war es, Verwaltung aus der Logik des Obrigkeitsstaates zu befreien und die Bürger*innen in den Mittelpunkt des Verwaltungssystems zu stellen. Das noch junge Internet, immer besser organisierte Datenbanken und intelligenter Software waren die wichtigsten Werkzeuge dieser Bewegung.

Die Niederländer, Dän*innen und Balt*innen machten ernst. Sie modernisierten Verwaltung technisch und kulturell. Die Verwaltungen verstanden sich als Teil der großen, digitalen Veränderungsbewegung, die das Internet in allen Belangen unseres Lebens und der Arbeit angestoßen hat.

Bei uns kämpfen wir bis heute Kleinkriege mit ideenlosen Datenschutzbeauftragten und Beschaffungsabteilungen der analogen Welt. Die Reformländer nutzten digitale Systeme selbstverständlich, um effizienter und bürger*innennäher zu werden. Sie nutzen Daten und Datenvisualisierung, um bessere Entscheidungen zu treffen, sei es für einzelne Bürger*innen, die Schulverwaltung oder den kommunalen Haushalt.

Estland führt seit einigen Wochen die **„proaktive Verwaltung“** ein, die ihre Dienste automatisch zu den Bürger*innen bringt. Das antragslose Verfahren wird Realität.

Aus der antragsbezogenen Verwaltung wird die anlassbezogene Verwaltung.

Zum Beispiel bei einer Geburt: Das Krankenhaus meldet den Nachwuchs sofort bei der Stadt an.

Damit einher geht die Anmeldung bei der Krankenversicherung sowie die Registrierung von Sozialleistungen wie Kindergeld und weiterer Zuschüsse.

Die Eltern des Neugeborenen werden in einer E-Mail darüber informiert, auf welche Leistungen sie Anspruch haben. Die Nachricht brauchen sie nur zu bestätigen, die Antragstellung bei den Behörden, die bisher nach der Geburt nötig war, entfällt. Eltern müssen nichts mehr machen, der Staat wendet sich an die Eltern. „Die proaktive Verwaltung“ minimiert den Arbeitsaufwand auf allen Seiten.

Die deutsche Verwaltung 2020 ist in Europa nicht digital konkurrenzfähig. Wir können weder mit den niederländischen oder skandinavischen oder baltischen Kolleg*innen mithalten, und schon gar nicht mit privaten Anbietern, die ja ebenfalls Verwaltungsprozesse anbieten. Denn was ist die Buchung eines CarSharing-Angebots oder eines Hotelzimmers oder eine Bestellung bei Amazon anderes als ein digitaler Verwaltungsprozess?

Wenn Bürger*innen den Eindruck haben, und dies viel zu oft zurecht, dass der Staat und seine Verwaltung viel schlechter funktionieren, als es heute möglich und zeitgemäß wäre, dass der Staat in bewegten Zeiten durch eine nicht bewegungsfähige Verwaltung Probleme nicht in den Griff bekommt, dass wir immer nur von Veränderung und Verbesserung reden, aber keine echte Modernisierung von Verwaltung hinbekommen, dann schaden wir der Demokratie insgesamt.

Wir schaden zum Beispiel der Demokratie durch überlange Planungsverfahren, weil wir für die öffentlichen Anhörungsverfahren aus vermeintlichen Sicherheitsgründen keine künstliche Intelligenz nutzen dürfen. Noch nicht.

Also: **Schluss mit Schwarze-Peter-Spielen.** Wir können nicht mehr andere dafür verantwortlich machen, ob im Land, im Bund oder in den Kommunen. **Ab jetzt verändern wir einfach.**

Wir haben in der Bezirksregierung ein Labor für zeitgemäße Verwaltung eingeführt. Ein **GovLab** – das erste dieser Art in einer deutschen Verwaltung. Wir erfinden und probieren einfach aus. Wie schrieb ein Nutzer unserer digitalen E-Mobilitätsförderung: Es ging schneller als eine „**Online-Pizza-Bestellung**“.

Die Stadt Soest ist digitale Modellkommune des Landes. Andere Kommunen können digitale Lösungen von Soest übernehmen. Sie können auch digitale Lösungen aus unserem GovLab übernehmen. Die kommunalen Rechenzentren können mit Startups im GovTec-Bereich zusammenarbeiten. Sie müssen nicht alles selber machen. Und auch der Datenschutz kann kreativ sein und sich von der vordigitalen Zeit lösen.

VII. Wissensinfrastrukturen: Wissensnetzwerke für Innovationsschübe

Die Investitionen in die Wissensinfrastrukturen des ländlichen Raumes generell und insbesondere in Strukturen für themenorientierte Kooperationen von Wirtschaft und Wissensorganisationen sind unabdingbar für die innovative Weiterentwicklung von Wirtschaft und Region auch in Südwestfalen.

Dezentrale Standorte von Wissensorganisationen schaffen vor allem hochqualifizierte Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen, die dann wiederum vom Engagement der dortigen Beschäftigten im besonderen Maße profitieren. Das beginnt bei der Grundschule und den weiterführenden Schulen und geht über die Volkshochschulen bis zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Stellen Sie sich einmal das Siegerland ohne die Universität Siegen vor.

Heute gibt es keine erfolgreiche Regionalentwicklung mehr ohne Kooperation von Wirtschafts- und Wissensorganisationen. Die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Region mit dem Ziel des Wissenstransfers ist der entscheidende Innovationsmotor für den ländlichen Raum. Dies zeigt auch eine Untersuchung von Wissenschaftler*innen der Bochumer Ruhruniversität im letzten Jahr am Beispiel von Süd- und Ostwestfalen (Heinze, Bogumil/Beckmann, Gerber: Vernetzung als Innovationsmotor. Das Beispiel Westfalen, 2019).

Wir brauchen Kanäle aus den Hochschulen und Universitäten in die kleinen und mittleren Industrieunternehmen, aber auch in die öffentlichen Verwaltungen des ländlichen Raums. Die Regionale Südwestfalen 2025 des Landes NRW bietet dazu gute Chancen. Sie sollten genutzt werden – strukturell.

Eine intensivere Zusammenarbeit der kleineren Unternehmen mit der Universitäts- und Hochschullandschaft an der Ruhr bietet sich an. Ein gutes Beispiel unter vielen ist das von unserer Bezirksregierung geförderte Netzwerkprojekt „Stream UP“ der TU Dortmund, der FH Südwestfalen, der Stadtwerke Menden und der Wirtschaftsförderung Arnsberg, das junge digitale und etablierte kleine und mittlere Unternehmen miteinander vernetzt.

VIII. Öffentliche Verkehrsinfrastrukturen!

Es geht drittens um neue Strukturen oder – bleiben wir im Bild der Winteruniversität – um neue „Brücken“ für zukunftsweisende schnelle öffentliche Mobilität. Was sagte der Chef der neuen Agentur für Sprunginnovationen, Laguna de la Vera aus Olpe, dem Magazin „Woll“: „Die Agentur für Sprunginnovationen könnte eigentlich auch in Olpe ihren Sitz haben, aber man kommt nur schwer hier hin.“

In die Zentren sowie in die Metropolen müssen wir schneller, einfacher und bequemer kommen können. Auch durch öffentliche Verkehre.

Zum Beispiel in die Metropole Rhein/Ruhr. Fußball-Europameisterschaft 2024 mit den Austragungsorten Dortmund und Gelsenkirchen, Köln und Düsseldorf.

Internationale Gartenbauausstellung 2027 und mögliche Olympische Spiele 2032 brauchen neue schnelle öffentliche Verkehrsverbindungen mit den Nachbarregionen.

Wir müssen die Bahn zurück in die Fläche holen. Seit 1994 sind in Deutschland 5.400 Kilometer Bahnstrecke vor allem in den ländlichen Regionen abgeschraubt worden. Das entspricht dem gesamten Bahnstreckennetz der Niederlande und Belgiens.

Die Erfahrungen mit bereits reaktivierten Bahnlinien zeigen, dass die Bahn in der Fläche grundsätzlich über mehr Potentiale verfügt als etwa der Bus.

Das heißt: Stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren, ggf. neue Strecken bauen und vorhandene Strecken auf dem jeweiligen Stand der Technik warten. Ich nenne zum Beispiel die Elektrifizierung oder einen Wasserstoff-Antrieb der Oberen Ruhrtalbahn, die Optimierung der sogenannten Schwerter Kurve, die die Bahn nach Dortmund zu langsam macht. Überall in Südwestfalen gibt es solche Themen.

Doch das Eisenbahn-Bundesamt ist überfordert, verlangsamt, verhindert. 20 Jahre(!) braucht die Bahn für die Sanierung von drei Tunneln der Oberen Ruhrtalbahn. Und kleine Bahnmaßnahmen:

Der barrierefreie Umbau des Bahnhofs Balve (Investition von 800.000 Euro) braucht bei der jetzigen Bahnorganisation sage und schreibe sieben Jahre.

Eine solide Schienenlogistik kann Arbeitsplätze aus den Verdichtungsräumen in die Tiefen ländlicher Räume holen und Güter sauber in die Welt transportieren.

Es geht auch darum, neue Ideen und Konzeptionen für den ÖPNV in der Flächenregion – insbesondere bei uns in der Mittelgebirgsregion – zu entwickeln. Wir brauchen innovative Mobilitätskonzepte wie digital-vernetzte Fahrgemeinschaften, Car-Sharing oder selbstfahrende Autos als neue Form von Taxis und Teil des ÖPNV.

Der Staat muss gerade hier in der Pflicht bleiben. Er kann nicht alles auf ehrenamtliche Bürgerbusse abwälzen und Busse nur fahren lassen, solange Schüler*innen zur Schule müssen.

Wie hat es der Mobilitätsforscher Stephan Rammler, Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, formuliert: „Ohne Alternative zum Auto fühlen sich die Leute verschaukelt.“ Also Alternativen schaffen, auch und gerade in den Flächenregionen, auf dem Land eben.

IX. Handlungsfähigkeit von unten stärken

Eine neue Regionalpolitik für den ländlichen Raum muss – und das ist ein weiteres Thema neben den neuen Infrastrukturen der Digitalität, des Wissenstransfers und der klimafreundlichen Mobilität – die Handlungsfähigkeit vor allem der Kommunen deutlich stärken.

1. Neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ einführen

Wir brauchen eine neue **Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“** für die Aufgaben, die Kommunen allein überfordert haben oder ersichtlich überfordern werden: Digitalität, Bildung und Wissen, Mobilität, wohnortnahe Grundversorgung, örtliche Unterstützungsstrukturen für Gesellschaften des langen Lebens, Gesundheitswesen, Klimawandel und Klimawandelanpassung.

Die **budgetpolitische Ertüchtigung** der Gemeinden und Gemeindeverbände ist eine weitere zentrale Bedingung für eine aktive Regionalpolitik des oder für den ländlichen Raum.

Ohne aktives kommunales und regionales Engagement geht es nicht.

Wenn die Kommunen und Regionen nicht funktionieren, kann auch das Land nicht funktionieren.

2. Regionalpolitik als Investitions- und Wachstumspolitik gestalten

Regionalpolitik muss zukünftig als **ökonomisch effiziente Investitions- und Wachstumspolitik** gestaltet werden.

Sie darf – wie Prof. Dr. Jens Südekum sagt –, nicht allein eine Facette des ohnehin schon großen deutschen Sozialstaats sein. Regionalpolitik darf keine Spielart von Hartz IV sein, wie sie es in den entlegenen Räumen der ostdeutschen Länder schon heute ist. Die politischen Folgen sind bekannt.

Deshalb:

- Die Bereitstellung exzellenter öffentlicher Infrastrukturen, die finanzpolitische Ertüchtigung der Kommunen und die regionale Zusammenarbeit schaffen erst gleichwertige Lebensverhältnisse und die Voraussetzungen für gutes nachhaltiges Wirtschaftswachstum.
- Nur so kann die Digitalisierung überall im Raum zu Wohlstand und Wachstum führen und divergenten Kräften entgegenwirken.
- Schließlich stärkt eine Regionalpolitik „Exzellenter Infrastrukturen“ die Stärke unseres Landes: die dezentral organisierte Industriegesellschaft mit ihren „Hidden Champions“. So können wir im schärfer werdenden internationalen Systemwettbewerb mit USA und China bestehen und zwar mit konstruktiven Mitteln (flächendeckende Investitionen in digitale Technologie, Klimatechnologie und Infrastruktur) und ohne destruktive oder protektionistische Instrumente.

3. Die neuen immateriellen Aufgaben der Kommunen

Vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen haben – und lassen Sie mich das zum Schluss sagen – gerade die Kommunen – die Städte und Gemeinden – in den ländlich geprägten Räumen neue bedeutende Aufgaben, die das Gewicht und die Bedeutung von technischen Infrastrukturen haben, aber soziale oder besser kulturelle Brücken in die Zukunft sind. Aufgaben, die die Haltung örtlicher kommunal verfasster Gemeinschaften betreffen.

a. Kommunen als Orte des Vertrauens

Die Städte und Gemeinden haben in Zeiten so grundlegender Veränderungen, in Zeiten, in denen so vieles im Fluss oder in der Verwandlung ist, die Aufgabe, einen Vertrauensort zu bilden. Sie haben die Aufgabe, quasi als eine institutionelle Vertrauensperson zu handeln, verlässlich zu sein. Es geht um öffentliches Vertrauen. „Trust“ sagen die Angelsachsen. Und „Trust“ bedeutet zugleich auch Zuversicht.

Das gilt für örtliche Politik und Verwaltung. Sie muss Vertrauen schaffen, verlässlich sein für Bürger*innenschaft und Wirtschaft. Das gilt auch in und für Regionen, für Regionalplanung und Regionalmanagement.

Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass sie sich vor Ort erweitern können. Junge Familien müssen darauf vertrauen können, dass wir wirklich alles für Kinder und junge Leute tun. Wirklich alles. In Kindergärten, Schulen und in der dualen Ausbildung. Ältere und Älteste müssen darauf vertrauen können, dass sie Strukturen für ein langes Leben vorfinden: Unterstützung bei Engagement. Unterstützung bei Pflege, Demenz, Gesundheit und Alterseinsamkeit.

Jede und jeder sollte in seinem Dorf, in seiner Gemeinde, in seiner Stadt verlässliche Teilhabemöglichkeiten besitzen. Jede und jeder sollte sich in das örtliche Leben einbringen können und dabei unterstützt werden.

Und alle müssen sich darauf verlassen können, dass die notwendigen digitalen Kommunikationsinfrastrukturen schnellstmöglich geschaffen werden. Und die, die aus Bürgerkriegen zu uns gekommen und neue Nachbar*innen und

Arbeitskolleg*innen geworden sind, müssen sich darauf verlassen können, dass sie bei uns bleiben.

b. Kommunen als Willkommensräume für Neues und neue Bewohner*innen

Kommunen gerade im ländlichen Raum müssen also offen sein für Neues und für neue Landbewohner*innen und ihre Kulturen. Gerade bei uns im ländlichen Raum gilt: Neues und Neue müssen hinzukommen, müssen willkommen sein, müssen nachgefragt werden, weil hier der demografische Wandel viel tiefer greift als in den Metropolen.

Neue Arbeits- und Wohnformen, Co-Working-Spaces – in Kuhschisshagen tut sich hier Vorbildliches. Digitale Dörfer. Ich verweise auf Frederik Fischer und sein Projekt „KoDörfer – urbanes Leben auf dem Land“. Es braucht gute Angebote auch aus unserer Region. Neue Mobilität, Klima- und Umweltfreundlichkeit. Beste digitale schulische Bildung vor Ort, digitale Unternehmen, digitale Verwaltung, die das Leben einfacher macht. Weltoffenheit. Es gibt viel zu tun.

c. Auftrag für alle: Jungen Leuten frühestmöglich Verantwortung geben

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle müssen die Türen und Tore aufmachen für die jungen Leute.

Geben wir den jungen Leuten so früh wie möglich ihre Chance. Öffnen wir ihnen hier bei uns „auf dem Lande“ die Türen – früher als in den Ballungszentren.

Seien wir überall offen für junge Leute, unterstützen wir – Kommunen, Land, Wirtschaft und Bürger*innenschaft – unsere Schulen. Denn durch die Türen der Schulen geht die Zukunft unserer Heimat und damit auch die Zukunft der Älteren und der Ältesten, die Zukunft der Vereine und der heimischen Wirtschaft.